Stadt Biberach an der Riß

Satzung

zur Änderung der Satzung über öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung – AbwS) vom 15. Dezember 2009

Rechtsgrundlage:

Aufgrund von § 45b Abs. 4 des Wassergesetzes für Baden-Württemberg, der §§ 4,11 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg und der §§ 2, 8 Abs. 2, 11, 13, 20 und 42 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg in der jeweils gültigen Fassung hat der Gemeinderat am 15. Dezember 2011 folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

Die Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung – AbwS) vom 14. Mai 1990, zuletzt geändert durch die Änderungssatzung vom 15. Dezember 2009, wird wie folgt geändert:

§ 2 AbwS wird wie folgt geändert:

§ 2 Begriffsbestimmungen

Abs. 1 und Abs. 2 erhalten folgende Neufassung:

- (1) Abwasser ist das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte Wasser und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser (Schmutzwasser) sowie das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen gesammelt abfließende Wasser (Niederschlagswasser). Als Schmutzwasser gelten auch die aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretende und gesammelten Flüssigkeiten.
- (2) Öffentliche Abwasseranlagen sind insbesondere die öffentlichen Kanäle, Regenrückhaltebecken, Regenüberlauf- und Regenklärbecken, Versickerungsbecken, Retentionsbecken, Abwasserpumpwerke und Klärwerke sowie offene und geschlossene Gräben und Gewässer, soweit sie von der Stadt zur öffentlichen Abwasserbeseitigung benutzt werden. Zu den öffentlichen Abwasseranlagen gehören auch die Anschlusskanäle bis einschließlich Kont-

rollschacht an der Grenze innerhalb des Grundstücks, an dem die Grundstücksentwässerungsanlagen anzuschließen sind.

Abs. 4 wird neu hinzugefügt und erhält folgende Fassung:

- (4) Notüberläufe sind Entlastungsbauwerke für außerplanmäßige Ableitungen in den öffentlichen Kanal. Drosseleinrichtungen dienen der vergleichsmäßigsten und reduzierten (gedrosselten) Ableitung von Abwasser in den öffentlichen Kanal; sie sind so auszulegen, dass eine Einleitung nur in Ausnahmesituationen (zum Beispiel Starkregen) erfolgt.

§ 11 Abs. 2 und 4 werden wie folgt geändert:

**§ 11 Herstellung, Änderung und Unterhaltung der Grundstücksentwässerungsanlagen,
Sicherung gegen Rückstau**

- (1) Die Stadt bestimmt, an welcher Stelle die Grundstücksentwässerungsanlagen an die öffentlichen Abwasseranlagen anzuschließen sind. Die Grundleitungen zur Anschlussstelle (Kontrollschacht) sind in der Regel mit mindestens 150 mm Nennweite auszuführen. Der Anschluss an den Kontrollschacht muss sohlgleich ausgeführt werden. Innenliegende Abstürze sind nicht zulässig.

- (4) Aborte mit Wasserspülung, Bodenabläufe, Ausgüsse, Spülen, Waschbecken und dergleichen, die tiefer als die Straßenoberfläche an der Anschlussstelle der Grundstücksentwässerung (Rückstauenebene) liegen, hat der Grundstückseigentümer auf seine Kosten gegen Rückstau zu sichern und für rückstausicheren Abfluss des Abwassers zu sorgen. Der Einbau einer Rückstausicherung im städtischen Kontrollschacht ist nicht zulässig.

In § 13 Abs. 3 AbwS wird der bisherige zweite Satz gestrichen und erhält folgende Fassung:

**§ 13 Abnahme und Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlagen,
Abwasseruntersuchungen**

- (3) Wenn bei einer Prüfung der Anlage oder einer Untersuchung des Abwassers Mängel festgestellt werden, hat der Grundstückseigentümer oder der Besitzer diese unverzüglich zu beseitigen.

§ 19a Abs. 4 AbwS wird zu § 19a Abs. 5 AbwS und § 19a Abs. 4 AbwS wird neu hinzugefügt und erhält folgende Fassung:

§ 19 a Weitere Beitragspflicht

- (4) Wenn bei der Veranlagung von Grundstücken Teilflächen gem. § 18 Abs. 1 b dieser Satzung und § 31 Abs. 1 Satz 2 KAG unberücksichtigt geblieben sind, entsteht eine weitere Beitragspflicht, soweit die Voraussetzungen für eine Teilflächenabgrenzung entfallen.

§ 21 Abs. 1 Ziff. 4 AbwS wird neu hinzugefügt und erhält folgende Fassung:

§ 21 Entstehung des Beitragsschuld

4. In den Fällen des § 19a Abs. 4, mit dem Wegfall der Voraussetzungen für eine Teilflächenabgrenzung nach § 18 Abs. 1 b dieser Satzung und § 31 Abs. 1 Satz 2 KAG, insbesondere mit dem Inkrafttreten eines Bebauungsplanes oder einer Satzung gem. § 34 Abs. 4 Satz 1 BauGB, der Bebauung, der gewerblichen Nutzung oder des tatsächlichen Anschlusses von abgegrenzten Teilflächen jedoch frühestens mit der Anzeige einer Nutzungsänderung gem. § 30 Abs. 9.

§ 25 Abs. 3 AbwS wird neu hinzugefügt und erhält folgende Fassung:

§ 25 Gebührenschuldner

- (3) Neben dem Gebührenschuldner nach Absatz 1 kann auch der unmittelbare Benutzer der öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen, nämlich der aufgrund eines Miet-, Pacht- oder ähnlichen Rechtsverhältnisses zur Nutzung des Grundstücks oder von Grundstücksteilen (Wohnungen, Geschäftsräume usw.) Berechtigte, im Verhältnis seines Anteils an den Bemessungsgrundlagen nach den §§ 26, 26a, 26b und 28 zur Abwassergebühr herangezogen werden. Dies gilt nicht, wenn er vor seiner Inanspruchnahme durch den Eigenbetrieb nachweislich bereits an den Grundstückseigentümer gezahlt hat.

§ 26 AbwS erhält folgende Neufassung:

§ 26 Gebührenmaßstab

- (1) Die Abwassergebühr wird getrennt für die auf den Grundstücken anfallende Schmutzwassermenge (Schmutzwassergebühr, § 26a) und für die anfallende Niederschlagsmenge (Niederschlagswassergebühr, § 26b) erhoben.

- (2) Bei sonstiger Einleitung (§ 9 Abs. 3) bemisst sich die Abwassergebühr nach der eingeleiteten Schmutzwasser- bzw. Wassermenge.

§ 26a und § 26b werden neu eingefügt und erhalten folgende Fassung:

§ 26a Bemessung der Schmutzwassergebühr

- (1) Bemessungsgrundlage für die Schmutzwassergebühr im Sinne von § 26 Abs. 1 ist:
1. die dem Grundstück aus der öffentlichen Wasserversorgung zugeführte Wassermenge
 2. bei nichtöffentlicher Trink- oder Brauchwasserversorgung der von den Wasserzählern angezeigte Verbrauch.
 3. im Übrigen die auf den Grundstücken anfallende Niederschlagswassermenge, soweit es als Brauchwasser im Haushalt oder Betrieb genutzt wird.
- (2) Bei sonstigen Einleitungen (§ 9 Abs. 3) ist Bemessungsgrundlage die eingeleitete Wasser-/ Schmutzwassermenge.
- (3) Auf Verlangen der Stadt hat der Gebührenschuldner bei sonstigen Einleitungen (§ 9 Abs. 3) sowie bei nichtöffentlicher Wasserversorgung (Abs. 1 Nr.2) und bei der Nutzung von Niederschlagswasser als Brauchwasser (Abs. 1 Nr.3) geeignete Messeinrichtungen wie § 27 Abs. 2 auf seine Kosten anzubringen und zu unterhalten. Andernfalls wird für jede in diesem Haushalt gemeldete Person oder für die an die Zisterne angeschlossene Grundstücksfläche eine Pauschale zugrunde gelegt.

Die Stadt ist berechtigt, in diesen Fällen den Zählerstand abzulesen. Der Gebührenschuldner hat den Ablesern zu den Messeinrichtungen Zutritt zu gewähren und das Ablesen des Zählerstandes zu dulden. Die Ableser dürfen Wohnungen im Sinne des Artikels 13 Grundgesetz nur mit Einwilligung des Berechtigten, Betriebs- und Geschäftsräume ohne Einwilligung nur in den Zeiten betreten, in denen diese normalerweise für die jeweilige geschäftliche oder betriebliche Nutzung offen stehen.

Liegen bei sonstigen Einrichtungen (§ 9 Abs. 3) keine oder keine zuverlässigen Messungen vor, wird der Wasserverbrauch von der Stadt geschätzt. Bei Einleitung von Wasser durch Pumpenanlagen werden als Abwassermenge zugrundegelegt

- bei einer Pumpe bis einschl. 100 mm Ø Abgang 100 m³ täglich,
- bei einer Pumpe bis einschl. 150 mm Ø Abgang 150 m³ täglich,
- bei einer Pumpe bis einschl. 200 mm Ø Abgang 200 m³ täglich,

bei einer Pumpe über 200 mm Ø Abgang 300 m³ täglich.
Angefangene Tage zählen voll.

§ 26b Bemessung der Niederschlagswassergebühr

- (1) Bemessungsgrundlage für die Niederschlagswassergebühr (§ 26 Abs. 1) sind die bebauten und befestigten (versiegelten) Flächen, des an die öffentliche Abwasseranlagen angeschlossenen Grundstückes, von denen Niederschlagswasser unmittelbar oder mittelbar den öffentlichen Abwasseranlagen zugeführt wird. Maßgebend für die Flächenberechnung ist der Zustand zu Beginn des Veranlagungszeitraumes; bei erstmaliger Entstehung der Gebührenpflicht, der Zustand zum Zeitpunkt des Beginns des Benutzungsverhältnisses.
- (2) Die versiegelten Flächen werden mit einem Faktor multipliziert, der unter Berücksichtigung des Grades der Wasserdurchlässigkeit und der Verdunstung für die einzelnen Versiegelungsarten wie folgt festgesetzt wird:

vollständig versiegelte Flächen z. B. Dachflächen, Asphalt, Beton, Bitumen	0,9
stark versiegelte Flächen z. B. Pflaster (auch Poren- bzw. Ökopflaster), Platten, Verbundsteine	0,6
wenig versiegelte Flächen z. B. Kies, Schotter, Schotterrasen, Rasengittersteine, Rasenfugenpflaster, Gründach	0,3

Für versiegelte Flächen anderer Art gilt der Faktor derjenigen Versiegelungsart, die der vorliegenden Versiegelung in Abhängigkeit vom Wasserdurchlässigkeitsgrad am nächsten kommt.

- (3) Grundstücksflächen, von denen Niederschlagswasser über eine Sickermulde, ein Mulden-Rigolensystem oder eine vergleichbare Anlage mit gedrosseltem Ablauf oder mit Notüberlauf den öffentlichen Abwasseranlagen zugeführt wird, werden mit dem Faktor 0,3 berücksichtigt.
- (4) Flächen, die an Zisternen ohne Überlauf in die öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen angeschlossen sind, bleiben im Rahmen der Gebührenbemessung unberücksichtigt. Für Flächen, die an Zisternen mit Überlauf angeschlossen sind, gilt folgendes:
 - a) bei Regenwassernutzung, ausschließlich zu Gartenbewässerung, werden die Flächen um 8m² je m³ Fassungsvermögen reduziert;

b) bei Regenwassernutzung im Haushalt oder Betrieb werden die Flächen um 15m² je m³ Fassungsvermögen reduziert.

Sätze 1 und 2 gelten nur für Zisternen, die fest installiert und mit dem Boden verbunden sind sowie ein Mindestfassungsvermögen von 2 m³ aufweisen.

In § 27 Abs. 1 AbwS wird das Wort „Abwassergebühr“ durch das Wort „Schmutzwassergebühr (§ 26a)“ ersetzt.

§ 28 AbwS erhält folgende Neufassung:

§ 28 Höhe der Abwassergebühr

(1) Die Schmutzwassergebühr (§ 26a) beträgt je m ³ Abwasser	1,69 €
(2) Die Niederschlagswassergebühr (§ 26b) beträgt je m ² versiegelte Fläche	0,42 €
(3) Wird Abwasser in öffentliche Kanäle eingeleitet, die nicht an ein Klärwerk angeschlossen sind, beträgt die Gebühr je m ³ Abwasser	0,86 €.

In § 29 Abs. 3 AbwS wird "§ 26 Abs. 2 Nr. 1" durch "§ 26a Abs. 1 Nr. 1 und 3 und § 26b" ersetzt. Ebenso wird "§ 26 Abs. 2 Nr. 2" durch "§ 26a Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2" ersetzt.

Der bisherige § 30 Abs. 2 Buchstabe b AbwS wird zu § 30 Abs. 2 Buchstabe c AbwS.

§ 30 Abs. 3 wird zu Abs. 6, Abs. 4 zu Abs. 7 und Abs. 5 zu Abs. 8 AbwS.

§ 30 Abs. 2 Buchstabe b AbwS und die Absätze 3,4,5 und 9 werden neu hinzugefügt und erhalten folgende Fassung:

§ 30 Anzeigepflichten

- (2) b) das auf dem Grundstück gesammelte und als Brauchwasser genutzte Niederschlagswasser (§ 26a Abs. 1 Nr. 3)
- (3) Binnen eines Monats nach dem tatsächlichen Anschluss des Grundstücks an die öffentliche Abwasserbeseitigung, hat der Gebührenschuldner die Lage und Größe der Grundstücksflächen, von denen Niederschlagswasser den öffentlichen Abwasseranlagen zugeführt wird (§ 26b Abs. 1) der Gemeinde in prüffähiger Form mitzuteilen. Kommt der Gebührenschuldner seinen Mitteilungspflichten nicht fristgerecht nach, werden die Berechnungsgrundlagen für die Niederschlagswassergebühr von der Stadt geschätzt.

- (4) Prüffähige Unterlagen sind Lagepläne im Maßstab 1 : 500 oder 1 : 1000 mit Eintragung der Flurstücksnummer. Die an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossenen Grundstücksflächen sind unter Angabe der in § 26b Abs. 2 aufgeführten Versiegelungsarten und der für die Berechnung der Flächen notwendigen Maße rot zu kennzeichnen. Die Stadt stellt auf Anforderung einen Anzeigevordruck zur Verfügung.
- (5) Ändert sich die Größe oder der Versiegelungsgrad des Grundstücks um mehr als 5 m² , ist die Änderung innerhalb eines Monats der Stadt anzuzeigen.
- (9) Binnen eines Monats hat der Grundstückseigentümer der Gemeinde mitzuteilen, wenn die Voraussetzungen für die Teilflächenabgrenzungen gem. § 18 Abs. 1 b dieser Satzung und § 31 Abs. 1 Satz 2 KAG entfallen sind, insbesondere abgegrenzte Teilflächen gewerblich oder als Hausgarten genutzt, tatsächlich an die öffentliche Abwasserbeseitigung angeschlossen oder auf ihnen genehmigungsfreie bauliche Anlagen errichtet werden.

In § 32 Abs. 2 AbwS wird die Angabe „§ 30 Abs. 1 bis 7“ durch „ § 30 Abs. 1 bis 9“ ersetzt.

§ 35 AbwS erhält folgende Neufassung:

Artikel 2

Inkrafttreten

- (1) Soweit Abgabenansprüche nach dem bisherigen Satzungsrecht bereits entstanden sind, gelten anstelle dieser Satzung die Satzungsbestimmungen, die im Zeitpunkt des Entstehens der Abgabenschuld gegolten haben.
- (2) Diese Satzung tritt rückwirkend zum 1. Januar 2010 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Abwassersatzung vom 26. Januar 1981 (mit allen späteren Änderungen) außer Kraft.

Biberach, 15. Dezember 2011

Fettback

Oberbürgermeister